

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 6. März 1902.

№ 28.

Die Buchhändler und der Tarif.

Von Zeit zu Zeit fühlen auch die Buchhändler — natürlich die Leipziger — das Bedürfnis, zu ihrem Teile zu bekunden, daß sie in den letzten fünfzig Jahren nicht geschlafen und daß die sozialen Erscheinungen und Errungenschaften im Buchdruckgewerbe auch bei den Buchhändlern auf ein verständnisvolles Entgegenkommen zu rechnen haben. Aber fragt mich nur nicht wie!

Raum eine Tarifverhandlung in den letzten Jahrzehnten ist ohne die unbefugte Einmischung der Buchhändler — dieser „Zwischenmeister“, wie die Zeitschrift sie vor Jahren richtig benannte — vor sich gegangen, und was zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Prinzipalen und Gehilfen im Buchdruckgewerbe geschehen konnte, ist seitens der Buchhändler versucht und hier und da auch erreicht worden. Dieses „Verdienst“ wollen wir jenen Herren ungeschmälert erhalten wissen. Namentlich bei den Tarifbewegungen der Jahre 1891/92 und 1896 haben die Buchhändler nichts unversucht gelassen, die Prinzipale scharf zu machen, um eine notwendige tarifliche Aufbesserung der Gehilfen zu hintertreiben. Dabei ist festzustellen, daß gerade den Buchhändlern ein derartiges Verfahren schlecht zu Gesicht steht, da sie bei der Vertretung ihrer Interessen bekanntlich ziemlich rücksichtslos vorgehen.

Nach all diesem verwundert es nicht, daß auch der gegenwärtige Tarif die allerhöchste Unzufriedenheit der Buchhändler gefunden hat, wie dies in dem in Nr. 41 des Börsenblattes veröffentlichten Jahresberichte des Vereins der Buchhändler zu Leipzig zum Ausdruck kommt. Der Berichtserstatter, Vorsitzender Hermann Credner, hob gegenüber den Beschlüssen des Tarif-Ausschusses hervor, daß die Tarifserhöhungen in keinem Verhältnis zu der gegenwärtigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage ständen und setzte wörtlich hinzu: „Gute Sezer gehören zu den bestbezahlten Arbeitern, es liegt kein Notstand bei ihnen vor. Die großen Summen, die die Sezer alljährlich durch Selbstbesteuerung für den Streiffonds aufbringen, beweisen zur Genüge, daß sie in einer günstigen Lage sich befinden.“

Ganz besonders abfällig wird selbstverständlich auch die Erhöhung des Leipziger Lokalzuschlages besprochen und hinzugesetzt:

„In dem Maße, wie es gelingt, den Leipziger Lokalzuschlag dem Berliner näher zu bringen, wird die Vorortstellung, die das Leipziger Buchgewerbe für sich in Anspruch nimmt, schwinden.“

Geradezu klassisch ist aber die Schlussfolgerung, daß „im allgemeinen für die (Leipziger) Lohnbuchdruckereien die Erhöhung des Tarifes und Lokalzuschlages eine prozentuale Erhöhung des Gewinnes bedeutet.“ Nun, der Fall wird ja nicht eintreten, daß einmal die Buchhändler die Herren im Gewerbe werden, denn nach diesen Proben von Unmaßung und Ignoranz haben die tarifstreuen Prinzipale und Gehilfen allen Grund, in ihrem Verhältnisse zu den Verlegern die schärfste Kampfstellung zu wählen. Der Standpunkt der Leipziger Buchhändler, aus rein egoistischen Gründen für sich eine „Vorortstellung“ in Anspruch zu nehmen, spricht zur Genüge davon, daß jedem

im Buchdruckgewerbe die Luft abgedreht werden soll, der sich einbildet, ein Minimum von Anspruch auf eine erträgliche Existenz zu erheben, während es als ganz natürlich gilt, daß die Existenzmöglichkeit des Gewerbes und seiner Angehörigen den Interessen der Leipziger Buchhändler geopfert werden muß. Ob die allgemeine Lohnerhöhung und der 20prozentige Lokalzuschlag für Leipzig berechtigt sind oder nicht, darüber befinden sich nicht mehr die zunächst Beteiligten, sondern die Buchhändler, die in der Preisdrückerei den Buchdruckern und Buchbindern gegenüber sich Dinge leisten, wie man sie in ähnlicher Weise bei keinem Berufe in Deutschland antrifft.

Wenn die Herren daher in ihrem Jahresberichte drohen, ihre Arbeiten in Bielefeld, Erlangen, Gießen, Göttingen, Jena, Naumburg, Tübingen, Würzburg usw. herstellen zu lassen, so vernehen wir dies den Leipziger Buchhändlern um so weniger, als ja seit langem schon nach diesem Beispiele in Einzelfällen verfahren wird. Unseren Kollegen ist es gleichgültig, wo sie ihrer Arbeit nachgehen, und daß sie ihnen auch in Jena, Naumburg oder Würzburg tarifmäßig bezahlt wird, dafür werden die Tariforgane und die Organisationen im Buchdruckgewerbe schon sorgen. Gerade die Leipziger Buchhändler haben jahrzehntelang sich aus der Haut des Buchdruckgewerbes Riemen geschnitten und in unvergleichlicher Weise das Fett abgeschöpft, wollen aber Gehilfen und Prinzipale auf ihre Rechnung kommen, soll ihnen der Brotkorb höher gehängt werden. Infolge ihrer straffen Organisation ist es den Leipziger Buchhändlern noch immer möglich gewesen, ihre Interessen in weitgehendstem Maße wahrzunehmen zu können und beneiden wir keine Druckerei, deren Existenz lediglich von den Aufträgen der Buchhändler abhängig ist, es ist aber geradezu eine Ungezogenheit, anderen Leuten, die sich in saurer Arbeit ihr bisheriges Existenz erobern müssen, zuzumuten, sich gedulbig wie ein Schaf für die Herren Buchhändler schinden zu lassen.

Von dem „sozialen“ Verständnis, das in den Darlegungen jenes Jahresberichtes enthalten ist, wollen wir gar nicht reden. Sozial zu denken und zu empfinden haben diese Herren gar nicht nötig, denn die größtenteils elenden „Gehälter“, welche an die Masse der Buchhandlungsgehilfen gezahlt werden, reden deutlicher als es Worte zu thun vermöchten. Und von Lohnvereinbarungen darf natürlich bei den Buchhändlern nicht geredet werden, dafür sind wir ja die „Herren im Hause“. Deshalb ist es auch erklärlich, wenn so von oben herab von dem „Streiffonds“ der Buchdruckergehilfen gesprochen wird, der durch die tariflichen Lohnerhöhungen eine weitere Stärkung erfahren habe. Um diese Phrase in gebührender Beleuchtung erscheinen zu lassen, sei auf die Tatsache verwiesen, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker z. B. im Jahre 1900 1183276 Mk. für humanitäre Zwecke und nur 12376 Mk. für Streiftäre ausgegeben hat. Damit hat sich der deutsche Buchdruckerverband ein Ehrenzertnis für seine gemeinnützige Tätigkeit ausgestellt, von der natürlich die Herren Credner und Genossen keine blasse Ahnung haben. Für sie kommt es nur

darauf an, im Börsenblatte in der unmotiviertesten und gewaltthätigsten Weise Stimmung gegen die auch von der deutschen tarifstreuen Prinzipalität als berechtigt anerkannte Tätigkeit unsers Verbandes zu machen und mit dem „Streiffonds“ die gesunden sozialen und tariflichen Bestrebungen im Buchdruckgewerbe niederzudenunzieren. Glücklicherweise kann das Buchdruckgewerbe das „Wohlfühlen“ der Leipziger Buchhändler noch aushalten und daß deren Bäume nicht in den Himmel wachsen, dafür sind schließlich die Gehilfen und ihr — „Streiffonds“ auch noch da.

Zur Generalversammlung.

Der erste Leitartikel in Nr. 17 des Corr. ist es, was mich veranlaßt, denselben Gegenstand sowie eine weitere Angelegenheit des Verbandes kurz zu streifen. Der Karlsruher Kollege schmitzt das Thema über die Bestimmungen des Zentralvorstandes bezüglich der Umzugskosten an und zwar mit einer gewissen Berechtigung, trotzdem von selten unsers Verbandsorgans abgeraten wurde, zur Generalversammlung in München neue Anträge bezüglich der Erhöhung der Unterstüßungen und Verminderung der Karenzzeiten zu denselben einzubringen. Wenn je einer der statutarisch festgelegten Unterstüßungszweige in seinen Sätzen einer Veränderung bedarf, so ist es hier bezüglich der Gewährung von Umzugskosten bei freiwilligem Umzuge der Fall.

Was heißt freiwillig umziehen? Ich glaube ganz gewiß, daß z. B. bei einer Summe von 20 freiwillig umziehenden Mitgliedern drei Viertel dieser Zahl moralisch freiwillig gezwungen sind, eine andre Kondition in andrer Stadt anzunehmen! Ich will hier nicht einmal eine Verbesserung seiner Lage als Lockvogel für einen verheirateten Kollegen mit mehr oder weniger Familie herausstecken. Die Verbesserung wird hier, abgesehen von weiteren Unannehmlichkeiten und Widerwärtigkeiten, bei Gewährung der sehr minimalen freiwilligen Umzugsgelder zum Nonjens. Und selbst zugegeben, der betreffende Kollege würde bei einer Ueberstufung in andrer Stadt und Kondition ein paar Mark mehr erringen, wiegt das die Unannehmlichkeiten, die mit einem Umzuge von Mann, Weib und Kind verbunden sind, auf? Die Aussicht auf eine ungewisse Zukunft usw.? Und wie viele würden von diesen 20 freiwillig umziehenden Kollegen nicht lieber am bisherigen Verursorste bleiben, um von seinem Hausstande Placereien, Stillstand, Schüßer und Unruhe fernzuhalten? Aber leider wird die künftige Zeit mit ihren vielen Errungenschaften als da sind: Sechsmaschinen, Staffeltarif usw., dafür sorgen, daß die älteren Kollegen mit eigenem Hausstande geradezu gezwungen werden, wechsell zu müssen. Ist mein Pessimismus etwas übertrieben, dann um so besser für uns! Die solchergestalt freiwillig Umziehenden können also, wie oben angedeutet und wie der Kollege aus Karlsruhe schreibt, aus verschiedenen Gründen gezwungen sein, ihr Domizil zu wechseln; einesteils, um eventuellen Mißlichkeiten in der bisher innegehabten Stellung aus dem Wege zu gehen, andernteils um einer vorauszufehenden event. länger andauernden Konditionslosigkeit vorzubeugen.

Deshalb wäre es angebracht, auf der Generalversammlung in München diesen Unterstüßungszweig insofern zu verbessern und zu erweitern, daß jeder Kollege, der eignen Hausstand hat und sich verändern will, gleichviel ob freiwillig oder unfreiwillig, die ganzen, bisher nur für die unfreiwillig Umziehenden geltenden statutarisch festgelegten Unterstüßungssätze für sich in Anspruch nehmen kann. Die Karenzzeit, die Bedingungen wegen der fernern Inanspruchnahme sowie die Höhengänge könnten ja wie bisher vorläufig bestehen bleiben. Nach meiner unmaßgeblichen Meinung könnte es sich doch eventuell nicht um so bedeutende Summen bei Erhöhung dieser Unterstüßungssätze handeln und würden sich unsere Finanz-Experten ein Verdienst erwerben, den eventuellen Mehrbetrag auszurechnen und das Ergebnis samt der Darlegung der eventuellen Durchführbarkeit dieser Aenderung zu veröffentlichen.

Meine weitere Exkursion auf diesem Gebiete betrifft den Artikel in Nr. 15 des Corr. „Zur Errichtung einer Verbandsdruckerei.“ Mit Genugthuung habe ich wie vielleicht so viele andere Kollegen diesen Artikel gelesen. Ich muß hierbei dem Kollegen Rezhäuser wirklich Anerkennung zollen, diesmal mit einem so ungeheuer wichtigen Projekte für unsere Organisation resp. Verbandstafel als erster vor die Kollegen getreten zu sein. Bislang hörte oder las man auf diese Anregung wenig oder gar nichts und ist es doch so ungemein wichtig, diese brennende Frage in Mitgliederkreisen zu diskutieren und eventuell Anträge hierzu an die Generalversammlung zu bringen. Es läßt sich zu den Ausführungen des Kollegen Rezhäuser bezüglich der Zweckmäßigkeit und Rentabilität dieses Unternehmens wenig hinzufügen. Unbestritten wird es bleiben, daß wir bei Gründung einer eignen Druckerei neben kolossalen Ersparnissen auch eine schnellere und umfangreichere Herstellung des Corr. besorgen können, abgesehen von den vielen Druckerarbeiten der Gau- und Bezirksvereine, deren Reingewinn wieder in die Kasse des Verbandes fließen würde. Jedenfalls wäre es nicht angebracht, wenn wir wegen der Personenfrage oder sonstiger geringfügiger Umstände halber das ablehnen würden, was andere Arbeiter, sogar ohne Fachleute als leitende Personen, sowie andere Organisationen mit mehr oder weniger Erfolg fertig gebracht haben.

Galle a. E.

Gn.

Zur Einführung des Tarifes in Halle.

(Ein Gedankenblatt für den Gutenberg-Bund.)

Gewiß hat es aller Orten schon Kopfschütteln bei den Kollegen verursacht, daß der Vorort des Gaues An der Saale bisher noch immer nicht in der Lage war, von einem abschließenden Ergebnisse der Tarifbewegung zu berichten, trotzdem nun bald zwei Monate ins Land gegangen sind, seitdem in den meisten Druckereien Deutschlands der neue Tarif seinen Eingang gefunden. Aber auch wir hätten es uns i. Z. nicht träumen lassen, daß ein solches Ereignis eintreten könnte, welches seine Schatten ja allerdings schon längst vorausgeworfen, jetzt aber erst zur traurigen Gewißheit geworden ist. In der Allgemeinen Versammlung vom 15. Dezember v. J., welche sich mit den einleitenden Schritten befaßte, konnte man es wohl als ein gutes Omen bezeichnen, daß zwei hiesige Firmen, ohne ein Vorstellungsverbot des betr. Personals erst abzuwarten, die Erklärung abgaben, auch die neuen Bestimmungen des Tarifes für sich als bindend anzuerkennen, und in die dadurch schon etwas gebogene Stimmung der zahlreich versammelten Kollegen hinein ertönte auch die feste Behauptung eines Vertreters des Gutenberg-Bundes: „Der Gutenberg-Bund wird selbstverständlich ebenfalls voll für die Durchführung des neuen Tarifes eintreten.“ Allgemeine Zustimmung der übrigen Bündler folgte den stolzen Worten des zwar noch jungen, aber — wie es schien — trotzdem schon recht energischen Vorkämpfers des uns gewährleisteten Rechtes. Bei der dann stattfindenden Wahl einer Kommission zur Überwachung der Tarifdurchführung hätte denn auch gar nicht viel gefehlt und der wackere Kämpfer für gesunde Zustände im Gewerbe wäre mit dazu berufen worden, die Geschäfte der Kollegen an Orte zu lenken. Für diesmal nahm man aber noch davon Abstand und wählte stat. einer, einem Wunsche der Verbandskollegen nachkommend, den Ortsvorsitzenden des Bundes in Halle. Die nächste Aufgabe der Tarifkommission, bestehend aus drei Verbändlern, einem Gewerkschafter und dem eben erwähnten Bündler, begann nun ihre Tätigkeit damit, Versammlungen der einzelnen Druckereien einzuberufen, in welchen die Kollegen zwecks einheitlichen Vorgehens mit den nötigen Direktiven versehen und ihnen ferner Gelegenheit gegeben wurde, aus ihrer Mitte heraus Vertrauensleute zu wählen, welche mit den Geschäftsleitungen verhandeln sollten. In den meisten Fällen ging nun die Einführung des neuen Tarifes, wenigstens bei den Firmen, welche seither schon als tariffrei galten, ziemlich glatt von statten, und nur bei einigen waren die Kollegen in die Notwendigkeit versetzt, ihren Wünschen etwas Nachdruck zu verleihen. Mit Freuden soll hier gleich konstatiert werden, daß auch zwei kleinere Firmen neu für den Tarif gewonnen wurden. Zu den größeren Druckereien gehört auch die Halleische Zeitung, die Domäne des Gutenberg-Bundes, in welcher nur etwa ein Duzend Verbändler der mehr als dreifachen Zahl von Bündlern — an ihrer Spitze der Faktor Strunz — gegenübersteht, wo schon in früheren Jahren der Verband manchen Strauß auf dem Lohngebiete auszufechten hatte und deshalb die dort mit der Zeit erzwungenen besseren Positionen stets mit dem Verluste der Kondition seiner Mitglieder bezahlen mußte. In der ersten Versammlung nun, welche diese Druckerei zwecks einer Besprechung über gemeinsames Vorgehen abhielt, waren es auch diesmal die Gutenberg-Bündler, welche nicht nur ganz energisch für den neuen Tarif eintraten, so daß man die Ueberzeugung gewinnen mußte, daß sie sich auch nicht ein Tipfelchen vom i. nehmen lassen würden, sondern mit ihren Forderungen und Beschwerden auch davor über das Maß des Berechtigten hinausschossen, daß die Kommission mehrmals zu bremsen gezwungen war. Auch hier wurden diejenigen bestimmt, welche bei der Geschäftsleitung vorstellig werden sollten und dabei fiel die Wahl auf den Vertrauensmann der Verbändler und zwei Bündler, darunter jenen Herrn, welcher in der Allgemeinen Versammlung als auch in der Druckerei-Versammlung durch sein Verhalten die beste Gewähr für ein energisches Eintreten zu

versprechen sah. Die Kommission gab noch die notwendigen Instruktionen und konnte die Kollegen der Halleischen Zeitung an diesem Abend mit dem frohen Bewußtsein entlassen, ihre Angelegenheit in den besten Händen zu wissen. Unter solchen Umständen glaubte man über das Ergebnis kaum einen Zweifel aufkommen lassen zu dürfen, und war deshalb nicht wenig erstaunt, als nach einigen Tagen trotzdem der Bescheid einlief, der hiesige Vertreter der Hall. Ztg., Herr H. Ostermann, habe den Tarif rundweg abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß das Geschäft nicht in der Lage sei, nur einen Pfennig mehr zu bewilligen, weil es schon jetzt mit einer Unterbilanz von vielen Tausenden arbeite, was um so weniger begreiflich erscheint, als in der Halleischen Zeitung meist nur recht mäßige Löhne gezahlt werden. — Sofort wurde nun eine zweite Druckereiversammlung anberaumt, in welcher sich aber schon eine ganz bedeutende Abföhlung auf Seiten der Bündler bemerkbar machte, und in welcher man, trotz energischen Protestes der Verbandsmitglieder, sich schon langsam zu der Ansicht durchgerungen hatte, daß, wenn von Seiten des Geschäftes nur eine Aufbesserung bis zur Höhe des neuen Minimums bewilligt werde, man diesen Vorschlag schon acceptieren könne, und mehrwörtig — gerade jener Herr, welcher vorher so energisch für die strikte Durchführung des Tarifes gesprochen, war es jetzt, welcher diesen Gedanken zum Ausdruck brachte, und der ebenfalls in der Halleischen Zeitung beschäftigte Kreisvertreter des Bundes bekannte sich sogar dazu, diesen Ausweg Herrn Heinrich Ostermann schon nahe gelegt zu haben. Sämtliche Mitglieder der Kommission, darunter auch der Ortsvorsitzende des Gutenberg-Bundes, und besonders der zu dieser Versammlung erschienene Gehilfenvertreter, ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß ein solches Verfahren niemals als Tarifanerkennung gelten würde und daß die Druckerei unter diesen Umständen unter den tariftreuen Firmen nicht weiter rangieren könne. Ein Vorschlag der Verbandsmitglieder, sich nunmehr direkt an den andern Chef der Halleischen Zeitung, Herrn Thiele in Berlin, zu wenden, welcher gelegentlich einer Geschäftsfeier erklärt hatte, er könne es seinem Arbeiter bedenken, wenn er sich seine Arbeit nach Möglichkeit bezahlen lasse, schien unter diesen Umständen noch einigermaßen eine Möglichkeit des Erfolges in sich zu schließen, wurde aber von den Bündlern als „noch verfrüht“ verworfen. Man sprach den schon jetzt gänzlich ausföhllos erscheinenden Wunsch aus, nochmals bei Herrn Heinrich Ostermann vorstellig zu werden, und damit begann eine Verdespöpfung, die wohl auch von der Geschäftsleitung und den Verbändlern nur beabsichtigt war. Selbst die nothmätigen Versuche der Tarifkommission, mit Herrn Heinrich Ostermann direkt zu verhandeln, scheiterten daran, daß sie Genannten niemals sprechen konnte. In einer späteren gemeinsamen Besprechung der Tarifkommission mit den Druckereibeauftragten wurde endlich der Beschluß gefaßt, das oben bezeichnete Schreiben an Herrn Thiele gelangen zu lassen, in welchem dieser ersucht wurde, nunmehr seinerseits die Anerkennung des Tarifes auszusprechen. Aber bevor noch daselbe, welches die Unterschriften fast des gesamten Personales der Halleischen Zeitung trug, weiter befördert werden konnte, ließ Herr Heinrich Ostermann, welcher auf bisher noch nicht aufgeklärte, wohl aber stark vermutete Weise Kenntnis von dieser Aktion erhalten hatte, den Unfertiger des Schreibens, den Verbändler unter den Druckereibeauftragten, zu sich kommen und unterfagte ihm die Absendung, „weil Herr Thiele nicht beunruhigt werden dürfe“. So lagen die Dinge, als der Gehilfenvertreter vom Tarif-Amt davon benachrichtigt wurde, daß die Firma Otto Thiele (Halleische Zeitung) ihren Austritt aus der Tarifgemeinschaft angezeigt habe. Aber auch jetzt noch konnte sich die Tarifkommission nicht dazu entschließen, die Halleische Zeitung aufzugeben, weil sie fest davon überzeugt war, daß es nur eines geschlossenen Vorgehens des Personales bedürfe, um den Tarif dennoch zu Ehren zu bringen und die Geschäftsleitung zur Wiedererteilung der Unterschrift zu bewegen. Sie veranlaßte deshalb eine dritte Druckereiversammlung, bei welcher an Stelle des beabsichtigten Gehilfenvertreters dessen Ersatzmann zugegen war. Leider konnte man an diesem Abend schon ganz deutlich an dem Verhalten der Bündler erkennen, was von ihnen noch zu erwarten war; die Sprache schien ihnen vollständig verloren gegangen zu sein und weder die bisherigenswerten Worte des Vorsitzenden der Tarifkommission noch die Belehrungen und Ermahnungen des Gehilfenvertreters, ja selbst nicht einmal die Versuche ihres Vertreters in der Kommission, sie bei der Ehre anzufassen, führten zu einem Erfolge — nach wie vor hüllten sie sich in tiefes Schweigen. Um nun wenigstens die Versammlung nicht ganz zwecklos auseinandergehen zu lassen, wurde auf Anregung unserer Mitglieder beschloffen, daß am nächsten Morgen noch einmal die Geschäftsleitung um Anerkennung des Tarifes ersucht und eine abermalige Weigerung derselben mit geschlossener Kündigung beantwortet werden sollte. In naemtklicher Abstimmung erklärten sich nunmehr auch sämtliche anwesenden Bündler hiermit einverstanden. Als dann später noch zur Sprache kam, auf welche Weise wohl Herr Heinrich Ostermann von dem oben erwähnten Schreiben an Herrn Thiele so vorzeitig Kenntnis erhalten haben könnte und dabei der Verdacht ausgesprochen wurde, daß sich ein Geheiß dazu herbeigekollert haben dürfte, schleunigst Bericht zu erstatten, herrschte unter den Bündlern tiefste Entrüstung über einen so schwarzen Verdacht und einer derselben vertieg sich zu dem klaffenden Ausspruche: „Da müßten doch alle Lumpse

sein!“ — — — Aber die Sache kam ganz anders als man gedacht. Am nächsten Morgen zwischen 6 und 7 Uhr hatte der Ortskassierer und Verwalter des hiesigen Arbeitsnachweises der Bündler Herr eine Unterredung mit Herrn Heinrich Ostermann — es wird bestimmt versichert, der letztere sei durch besondern Boten herbeigekollert worden — und die Folge dieser Unterredung war, daß die mit der Mission Beauftragten, bevor sie sich dieser entledigen konnten, vor den „Gewaltigen“ zitiert und ihnen hier eröffnet wurde, daß der Minimumtarif anerkannt werden sollte, d. h. diejenigen, welche noch nicht im Besitze des neuen Minimums waren, sollten Aufbesserungen bis zu dieser Höhe erhalten. Hierbei handelte es sich fast durchgehend nur um Erhöhungen von 25 bis 75 Pf. Alle übrigen aber, welche bisher schon 24,75 Mk. und mehr erhalten hatten, sollten völlig leer ausgehen. Diese sollten später Zulagen erhalten, aber wann dieselben erfolgen und wie dieselben aussehender würden, darüber könne er noch keine Angaben machen. Hiernach sollten also die event. Lohn erhöhungen der älteren und tüchtigeren Kollegen, welche noch dem neuen Tarife noch gewährt sind, vollständig in das Belieben der Geschäftsleitung gestellt werden. Der eingangs als so energisch geföhlberte Vertreter des Gutenberg-Bundes gab trotzdem sein Einverständnis hiermit sofort zu erkennen, indem er sagte: „Ja, Herr Ostermann, das ist wenigstens ein ganz andres Wort wie früher!“ Der Vertreter der Verbandskollegen konnte sich selbstverständlich mit dem Angebote nicht befremden und machte Herrn Heinrich Ostermann sofort darauf aufmerksam, daß dies keine Tarifanerkennung sei, weil für Halle auch den Gehilfen, welche bereits bis zu 26 Mk. haben, durch den Tarif eine Erhöhung von 2 Mk. zugestimmt worden sei — aber Herr Heinrich Ostermann schnitt ihm alle weiteren Aeußerungen mit der Bemerkung ab: „Gehen Sie nur, Ihre Kollegen werden damit schon einverstanden sein!“ — und erklärte ferner den von dem Tarif-Amt bekannt gegebenen Austritt der Halleischen Zeitung aus der Tarifgemeinschaft „für ein Gerücht, an dem nichts wahres sei“.

Hiernach hätte also die Kündigung ausgesprochen werden müssen und der Verbändler in der Kommission wandte sich auch in diesem Sinne sofort an den mit vorstellig gewesenen Kreisvertreter des Bundes, erhielt aber die Antwort, daß am selben Abend erst eine Bundesversammlung stattfinden werde, welche weitere Beschüsse zu fassen habe. Diese Bündlerversammlung hat denn auch unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden und in derselben erklärte man sich über die Köpfe der Verbändler in der Halleischen Zeitung sowohl als auch der Kommission hinweg mit dem Gebotenen einverstanden und beging damit einen **Vorbruch**, wie er nicht dünöder gedacht werden kann. Sicher war man sich dabei auch völlig darüber klar, daß man mit diesem Beschlusse der Verbändler in der Halleischen Zeitung sich einverstanden würde, von denen man bestimmt wußte, daß dieselben es mit ihrer gewerkschaftlichen Ehre nicht vereinbaren würden, unter den gegebenen Bedingungen dort weiter zu arbeiten — und unter dieser Beleuchtung ist das ganze Gebaren des Bundes doppelt verwerflich. Den Beschluß jener denkwürdigen Bündlerversammlung über teilte deren Vorsitzender auf energische Interpellation endlich der Tarifkommission mit und rühte dann auch mit der Eröffnung heraus, die Bewilligung des Tarif-Amtes zu dieser Art Anerkennung sei bereits nachgedacht. Auf den Einwurf der anderen Kommissionsmitglieder, daß das Gebotene doch aber keine Tarifanerkennung sei, gab er letzteres zwar selbst zu, berief sich aber darauf, daß die Zentralleitung des Bundes den Beweis erbringen wolle, daß in anderen ähnlichen Fällen die Bestätigung erfolgt sei. Die ausgesprochene Befürchtung, daß eine Zustimmung zu diesem „Tarife“ in der Halleischen Zeitung geeignet erscheinen müsse, die bisherige mühsame Arbeit der Kommission über den Hausen zu werfen und außerdem einen unheilvollen Einfluß auf die anderen Druckfirmen auszuüben, mußte zwar auch der Vertreter der Bündler anerkennen, aber auch gleichzeitig seine Wichtigkeit seiner „Organisation“ gegenüber zugesprochen. Ferner brachte er gewissermaßen als einen Trumpf gegen die Verbändler zur Sprache, daß in der Bündlerversammlung, welche auch von den „Beamten“ der Halleischen Zeitung und dem Faktor Strunz besucht gewesen sei, viele Beschwerden gegen die ersteren vorgebracht worden und er diesbezügliches „Material“ in der Tasche habe.

Auch der Versuch des Gehilfenvertreters, durch Vermittlung des Tarif-Amtes auf den Hauptvorstand des Bundes zu wirken, hatte nicht den geringsten Erfolg. Unter diesen Umständen hielten es die übrigen Kommissionsmitglieder für unerläßlich, für einen der nächsten Abende eine Allgemeine Versammlung anzuberäumen. Eine besondere Ueberraschung sollte der Kommission aber noch an diesem Abend zu teil werden. Nachdem im Laufe der letzten Wochen bereits zwei früheren Bündlern, welche erst kurz zuvor dem Bunde beigetreten waren, unter dem Ausdruck tiefen Bedauerns und der Versicherung, daß es im speziellen Auftrage des Herrn Ostermann geschähe, vom Faktor Strunz geföhlbigt worden war, war im Laufe des Tages der Vertrauensmann der Verbändler plötzlich entlassen worden. ~~Seitdem~~ ~~und~~ ~~beim~~ ~~Vorstellung~~ ~~werden~~ ~~um~~ ~~Anerkennung~~ ~~des~~ ~~Tarifes~~ ~~die~~ ~~Interessen~~ ~~der~~ ~~Verbände~~ ~~vertrat~~ ~~und~~ ~~zwar~~ ~~unter~~ ~~der~~ ~~Begründung~~ ~~er~~ ~~habe~~ ~~sich~~ ~~über~~ ~~Herrn~~ ~~Ostermann~~ ~~mißliebig~~ ~~geäußert~~. Der Betreffende stellte dies ganz entschieden in Abrede und hat auch schon die nötigen Schritte eingeleitet, um

Aufklärung in der Sache herbeizuführen. Ein merkwürdiger Zufall aber ist es, daß an Stelle desjenigen — er war Vertreter eines in demselben Verlage erscheinenden Blattes und zählte mit seinem Lohne von 28 Mk. zu denjenigen, für welche selbst eine ordentliche Tarifanerkennung der Halleischen Zeitung keinen pekuniären Vorteil gehabt hätte — gerade jener junge Bündler kam, welcher anfangs so energig vortrug und dann später einen Zurückzieher nach dem andern machte. Und der Umstand besonders, daß er schon seit einigen Wochen, kurz nach dem ersten Vorstellungsverweigerung um Anerkennung des Tarifes, vom Faktor Strunz dazu außersehen wurde, einige Stunden des Tages in jener Abteilung „aufzuräumen“, machte diesen Zufall noch interessanter. Für ihn hat die Tarifbewegung, wenn er nicht so ehrgeizig ist, besonderes Gewicht auf die ausdrückliche Anerkennung zu legen, immerhin einen ganz schönen pekuniären Vorteil gebracht! — Doch nun zurück zu der Allgemeinen Versammlung. Dieselbe bot infolgedessen ein besonderes Interesse, als sie außer dem Kommissionsmitglied und zugleich Vorsitzenden des Bundes keinen einzigen Bündler aufwies, und wenn es auch im allgemeinen Leben unter allen Gesitteten als Grundgesetz gilt, von einem Abweisen nicht schlecht zu sprechen, so waren doch diesmal die Gründe für eine Ausnahme dieser Regel zu dringlich, zumal zum Ueberflusse dem Gehilfenvertreter vom Tarif-Amt auch noch eine Beschwärzung des Gutenbergs-Bundes zugegangen war, welche von dessen Ortsvorstehenden (und Vertreter in der Tarifkommission) unterzeichnet worden war und welche, nachdem darin der total ausschließliche Versuch gemacht, das Verhalten des Bundes in Sachen der Halleischen Zeitung zu beschönigen, sich gegen den Verband im allgemeinen und im besondern gegen seine Mitglieder in der Halleischen Zeitung richtete, welche es unterlassen haben sollten, die Bündler von allen ihren beabsichtigten Schritten in Kenntnis zu setzen. Außerdem wurde in derselben der bestimmte Verdacht ausgedrückt, die Verbändler hätten bei der ganzen Tarifbewegung in der Halleischen Zeitung nur den Zweck im Auge gehabt, die Bündler zum Verlassen der Redaktion zu bewegen, um dann schleunigst die frei werdenden Plätze derselben mit ihren Mitgliedern zu besetzen. (Trotz dem begrifflichen Ernste der Situation brach doch beim Verkinben dieser Behauptung über den darin enthaltenen unfehligen Humor eine wahre Lachsalbe los.)

Zum angeblichen Beweise hierfür wurde ein Fall angeführt, wo in einer andern hiesigen Druckerei bereits so gehandelt worden sei. Sämtliche Angaben in diesem Bündlerjahre waren, wie in der Versammlung sofort festgestellt wurde, aufgebaut auf Unwahrscheinlichkeiten und trassen Entstellungen. Das Schreiben, für welches der Ortsvorsteher des Bundes „die Verantwortung zu übernehmen“ erklärte, von dem er auch selbst sagte, daß es nicht seine Handschrift sei und dessen Unschuldigungen er zum Teile zurücknahm, erweckte bei einem großen Teile der Kollegen den Verdacht, daß es ein Erstesprodukt des Herrn sei, welcher vor nunmehr drei Jahren den ewig denkwürdigen Brief an die Bündler in der Druckerei Schweifschke gerichtet. Das ganze Machwerk wurde denn auch von der Versammlung genügend getrennt durch die einstimmige Annahme der nachfolgenden Resolution:

Die heutige Allgemeine Buchdrucker-Versammlung kann in den Versprechungen der Hall. Zeitung eine Tarifanerkennung nicht erblicken. Sie erkennt die darin gemachten Zugeständnisse als den örtlichen Verhältnissen nicht angemessen an und erblickt in der event. Annahme derselben eine Gefahr für die gesamte Halleische Gehilfenchaft; sie hält es deshalb für eine Pflicht aller tariftreuen Gehilfen, für die volle Anerkennung des Tarifes daselbst einzutreten.

Unsere Mitglieder in der Hall. Stg. haben inzwischen den letzten Schritt getan, nachdem sie trotz aller Geschehnisse den bündlerischen Kreisvertreter von der Absicht des legitimen Vorgehens und eventuellen Rückzuges in Kenntnis gesetzt, aber, wie es ja im voraus zu erwarten war, recht wenig Verständnis für eine solche Maßregel fanden.

Erwähnt sei, daß ferner in zwei weiteren Druckereien die Bündler nicht zu bewegen waren, auch nur den Versuch zur Einführung des neuen Tarifes zu machen und bei einer diesbezüglichen Anfrage der eine von ihnen erklärte, durch den Bewalter des Bundes am Orte von einem derartigen Schritte abgeraten worden zu sein. In letzterem Falle mußten ebenfalls drei Verbändler ihr Vorgehen mit dem Verluste ihrer Konditionen begeben, aber der Angehörige des Bundes behauptet mit stolzem Selbstbewußtsein seine Stelle sowohl in der Druckerei als auch im Bunde als — Vorstandsmittglied. — f.

Unzeitgemäße Entrüstung.

Einzelne Organe der sozialdemokratischen Partei, wie Hamburger Echo, Sächsische Arbeiter-Zeitung usw., entrißten sich wieder einmal gegen den Corr. Unsere neueste Mißthat besteht in dem zur Einleitung unserer letzten Gewerkschaftsüberfahrt (Nr. 22) der sozialdemokratischen Fraktion gemachten Vorwurfe über die Ablehnung einer von den Abgeordneten Noeske-Pachnide gestellten Resolution, welche die Errichtung von kommunalen paritätischen Arbeitsnachweisen forderte. Wir bemerken dazu: „Erreichbare praktische Vorteile von vielleicht nicht durchschlagendem Nutzen sind also in diesem Falle zu gunsten recht fern wintender und deshalb um so zweifel-

hafterer Erfolge geopfert worden; ob die Arbeiterschaft ihren Vertretern dafür Dank wissen wird, möchten wir bezweifeln.“ (Seider hatte der Druckfehlerleiste aus dem „vielleicht nicht durchschlagendem“ einen „recht“ durchschlagenden Nutzen gemacht.) Scheinbar hat es nun diese Ungünstigkeit den vorstehend genannten Organen angetan, tatsächlich aber wird der dann folgende Schlußsatz der Stein des Anstoßes gewesen sein, dem man flüchtigweise aber aus dem Wege ging.

Die Ablehnung besagter Resolution erfolgte gegen die Stimmen der konservativen und der sozialdemokratischen Partei, welche seitjame Konstellation für uns der eigentliche Grund war, auf die Sache zurückzukommen. Aus der sich an diesen Vorgang anschließenden Kontroverse sind uns die bezüglichen Ausführungen des Vorsitzenden des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, des Dr. Richard Freund-Berlin, in der Sozialen Praxis erst nach Erscheinen unserer Nr. 22 bekannt geworden. Der erregte Ton, mit dem einzelne Parteiblätter auf diesen „Sozialdemokratie und Arbeiterschaft“ betitelten Freundlichen Artikel reagierten, weckt jedoch die Vermutung, daß das überall zu findende bewußte Könnchen Wahrheit in diesem Falle nicht gar so wenig sein kann; doch wollen wir das Maß dieses Empfindens der individuellen Auffassung des Einzelnen überlassen.

Zur Sache selbst haben wir zu erklären, daß in dem von uns benutzten Parteiblatt der Parlaments-Bericht kurz und bündig besagt: „Die Resolution Noeske-Pachnide (Freis. Wp.) betr. die Errichtung von kommunalen und gemeinnützigen Arbeitsnachweisen wird abgelehnt. Dagegen stimmen die beiden konservativen Parteien und die Sozialdemokraten.“ In dem ganzen Berichte über die in Frage kommende Verhandlung ist kein Wörtchen weiter darüber enthalten! Nach dem ich namentlich auf das Urteil des Dr. Jastrow berufenden Vorwärts stimmte die Fraktion gegen genannte Resolution, „weil die Annahme derselben eine wirkliche Förderung des Arbeitsvermittlungproblems nicht bringen kann“, womit wohl gesagt sein soll, daß der sozialdemokratische Geleitzwurf betreffs Einführung von Arbeitsämtern dieses System zu lösen allein geegnet ist.

Unse unmaßgebliche Ansicht ist und bleibt nun die, daß der sozialdemokratische Geleitzwurf abgelehnt werden wird und erst nach öfterem Einbringen und vielfachen Mobilisierungen in ziemlich veränderter Gestalt angenommen werden könnte. Wir wünschen ihm dieses Schicksal nicht, erfahrungsgemäß wird es ihm aber wie vielen seiner Vorgänger sicher ebenso ergehen. Der in der Resolution Noeske-Pachnide von der Regierung geforderte Entwurf hat zweifellos aber Aussicht, schneller Geleg zu werden und daß dieses dann weit leichter den Wünschen der Arbeiterschaft angepaßt werden kann, unterliegt wohl keinem Zweifel. Die sozialdemokratische Fraktion hätte also unbedenklich um ihren eignen Antrag der öfters genannten Resolution zustimmen können, schlimmstenfalls wäre ihr die Ablehnung des Regierungsentwurfes immer noch offen geblieben. So aber wird die Angelegenheit eine noch weitere Verschleppung erfahren, die nicht im Interesse der Arbeiter liegen kann und deshalb unser Vorwurf, von dem wir nichts zurückzunehmen haben.

Wir haben also in diesem Falle nicht nach dem Grundsatz so ut des gehandelt. Wenn nun die Sächsische Arbeiter-Zeitung aus diesem Anlasse den Schleifstein in Bewegung setzt, um unsere Mitglieder zu schärfen, auf der Generalversammlung des Verbandes „mit dem Herrn Reichshäuser ein ernstes Wörtlein zu reden“, so wünschen wir vielen Erfolg zu diesem Beginnen. Tatsächlich kann uns die Gelegenheit nur willkommen sein, auf der Generalversammlung die geradezu abschließliche Verhandlung der Buchdrucker speziell seit dem Jahre 1896 der Vertretung unserer Organisation in allen ihren Einzelheiten und Nichtwichtigkeiten nochmals vor Augen zu führen, denn gar viele unter uns haben die empfangenen Schläge leider bereits wieder vergessen. Das muß und wird in München geschehen, ganz gleich ob, wie in diesem Falle, der sich bis zu einer Kritik an den Handlungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklühnende Frevler ein Redaktionsmitglied oder der leitende Redakteur selbst war.

Korrespondenzen.

W-r. Bochum. Am 23. Februar fand im hiesigen Vereinslokale die erste diesjährige Bezirksversammlung statt, welche nötigst gut besucht war. Anwesend waren aus Bochum 34, Witten 14, Herne 8 Mitglieder und aus Herten 1 Mitglied. Vorsitzender Dammeier eröffnete die Versammlung und hieß die Anwesenden zur ersten Bezirksversammlung herzlich willkommen. Der Vorsitzende teilte mit, daß im verfloßenen Jahre 1901 vier Bezirksversammlungen abgehalten worden seien und zwar je eine in Hattingen, Bochum, Witten und Herne. Der Mitgliederbestand betrug am Anfange des Jahres 1901 153, am Schlusse desselben 131, mithin hat sich derselbe um 22 verringert, was der Einführung der Synchronmaschine zuzuschreiben ist. — Nach Belesung des Kassensberichtes pro viertes Quartal und Bestirvortung durch die Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Leider war Kollege Prucha wieder gezwungen, verschiedene Restanten zu belegen, von denen 6 Kleinsten-Serten ausgeschossen wurde. — Bei der Neuwahl des Bezirksvorstandes wurden die Kollegen H. Dammeier als Vorsitzender, J. Prucha als Kassierer und J. Winkler als Schriftführer gewählt. Zum nächsten Punkte: Der neue

Tarif und seine Einführung, hatte der Gehilfenvertreter des II. Kreises, Kollege W. Nabe-Krefeld, das Referat übernommen, sich jedoch kurz vorher schriftlich entschuldigend lassen, daß er krankheitshalber am Erscheinen verhindert sei. Der Vorsitzende Dammeier kritisierte mit kernigen Worten die gesamten „Erregungschaften“ in Rheinland-Westfalen seit der Tarifeinführung; verschiedene Kollegen gingen näher ein auf die Sonderbestimmungen der Prinzipale Rheinland-Westfalens, ferner auf die Erklärung der Gehilfenvertreter im Corr. und auf die „Glossen“ der Berliner Kollegen über die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen. Nach längerer Debatte wurde die folgende Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen: Die heutige Bezirksversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß der Gehilfenvertreter des Kreises II, Kollege Nabe, im letzten Augenblicke sein Erscheinen zur heutigen Versammlung, in welcher er über das Thema: Der neue Tarif und seine Einführung, referieren wollte, abgelehnt hat. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste, daß Kollege Nabe seine Unterschrift zu der allen Gehilfen Rheinland-Westfalens empörenden Bekanntmachung der Gehilfenvertreter in Sachen Protest-Kundgebungen gegen die Sonderbestimmungen des Tarifes geben konnte. Gleichzeitig drückt die Versammlung ihre Bewunderung aus über die geheime Abhaltung der Kreis-Amts-Sitzungen, wie es in Düsseldorf geschehen, und erwartet, daß solche künftig öffentlich abgehalten werden und sämtliche erschienenen Vertreter Stimmrecht haben. Des fernern wünscht die Versammlung, die rheinisch-westfälischen Verhältnisse ruhig dem diesseitigen Gau zu überlassen, weil andere Mitgliebschaften, speziell die Berliner Kollegen, die hiesige Lage durchaus nicht beurteilen können. Die Versammlung nimmt mit Zufriedenheit Kenntnis von dem „Fiasco“, das den Gehilfen Rheinland-Westfalens (laut Corr.-Mundschau-Notiz in Nr. 16) geworden sein soll, betont vielmehr, für gleiche Pflichten auch gleiche Rechte verlangen zu können. — Nachfolgende Anträge zur Generalversammlung wurden im folgenden Punkte 6 der Tagesordnung fast einstimmig angenommen: 1. a) Zum Statut (Neise-Unterstützung): Zu § 1. Verbandsmitglieder, die mindestens 13 Wochen usw. h) Zur Orts-Unterstützung: § 1. . . . Bei 150 Wochenbeiträgen bis zu 20 Wochen (140 Tage); bei 500 Wochenbeiträgen bis zu 30 Wochen (210 Tagen) und bei 750 Wochenbeiträgen bis zu 40 Wochen (280 Tagen). § 2. . . . des Bezirks- und Gauvorstandes eingeholt worden ist. c) Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige. § 3. Das Recht auf vorgenannte Unterstützung wird erworben: 1. nach Leistung von 250 Wochenbeiträgen pro Tag 1 Mk.; 2. von 500 Wochenbeiträgen pro Tag 1,25 Mk.; von 750 Wochenbeiträgen pro Tag 1,50 Mk.; ohne Unterschied, wann der Beitritt erfolgt ist. 2. Witwen- und Waisenfürsorge. Den hinterbliebenen Frauen und Kindern von verstorbenen Mitgliedern wird gewährt: 1. Für die Frau die Hälfte der dem Mitgliede laut jeweilig gültigem Statut zustehenden Invaliden-Unterstützung. 2. Für jedes dritte und weitere Kind eine Unterstüzung von 15 oder 20 Pf. pro Tag. 3. Das Recht zu vorstehenden Unterstüzungen gilt auch als erworben, wenn dem Mitgliede je nach Stufe noch erstens 50, zweitens 100, oder drittens 150 Wochen zur Bezugsberedigung fehlen. Das Anrecht auf Unterstützung beginnt mit dem auf den Todesstag folgenden 1. des Monats und endet mit dem Tage der Wiederverheiratung der Frau oder mit deren Tode. III. Der Gau Schleswig-Holstein stellt zur nächsten Generalversammlung den Antrag, daß zur Invaliden-Unterstützung berechnete Mitglieder, welche nach 52wöchiger Krankheit ausgeteert und noch erwerbsfähig sind, sofort in den Bezug der Invaliden-Unterstützung treten. IV. Die Generalversammlung möge auch der Frage näher treten, wie sie sich zu der Pensionierung ihrer Verwaltungsbeamten stellt. — V. Die Generalversammlung wolle beschließen, den Zentralvorstandsbeschlusse dahin abzuändern, „daß künftig bei Bewährung von Umzugskosten ein Unterschied zwischen freiwilligem und unfehlwilligem Konditionswechsel nicht mehr gemacht wird. VI. In Anbetracht der günstigen Finanzlage unferes Verbandes wird die Generalversammlung ergeht, die zum Militär einberufenen Mitglieder, welche eignen Haushalt führen, einen Unterstüzungszweig zu teil werden zu lassen. Die zu gewährenden Unterstüzung soll sich natürlich nur auf nach der aktiven Dienstzeit zu machende Uebungen erstrecken. VII. Weil die Gehilfen Rheinland-Westfalens in puncto Tarif gegen die anderen Gehilfen Deutschlands im Nachteil sind, stellt die heutige Bezirksversammlung den Antrag, den Beitrag der Mitglieder des Gaues Rheinland-Westfalen um ein Drittel zu kürzen. — Als Delegierter des Bezirks Bochum zur diesjährigen Generalversammlung wurde Kollege Häuser aufgestellt. Es wurde beantragt, das Johannisfest in diesem Jahre mit den Bezirken Dortmund, Hagen und Essen gemeinschaftlich in Bochum zu feiern. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Herten gewählt.

Düsseldorf. Unse diesjährige Generalversammlung fand am 22. Februar statt und war von 82 Mitgliedern besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in tiefgefühlten Worten des vor kurzem verstorbenen allgemein bekannten und geachteten Kollegen Alois Kiefer-Windens und ehrte die Versammlung dessen Andenken durch Erheben von den Sigen. Zur Aufnahme hatten sich vier Kollegen gemeldet; einer mußte vorläufig zurückgewiesen werden. Unter Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende bekannt, daß den freitendenden Kollegen,

denen der Gauzusatz verweigert worden war, vom Gauvorstande ein einmaliger Gauzusatz von 5 Mk. zuerkannt worden ist. Nachdem Kollege Krone den Kassenerbericht pro viertes Quartal abgelegt hatte und ihm auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt worden war, erstattete Kollege Herzog den Jahresbericht. Danach ging die Einführung des Tarifes (d. h. nebst den Sonderbestimmungen für den Kreis L. D. Schr.) ziemlich glatt von statten. Es fanden im Laufe des Jahres zwölf Ordentliche, zwei Außerordentliche und zwei Bezirksversammlungen sowie eine Maschinenmeisterversammlung und eine Kreis-Amts-sitzung statt. Der Mitgliederstand war Anfang des Jahres 141 und Ende des Jahres 169. Durch den Tod wurde uns der Kollege Uebel entzogen. Die Bibliothek umfaßt 380 Bände, die Benutzung ließ zu wünschen übrig. An Festlichkeiten fanden statt: 25jähriges Jubiläum zweier Kollegen, Johannisfest, Refrenen-abschlussfeier, Feiern zu Ehren der Maschinen- und Silberfeier. Ferner beteiligten sich die hiesigen Buchdrucker an einem gemeinschaftlichen Gewerkschaftsfeste. Im Gewerkschaftskomitee ist der Ortsverein seit vorigem Jahre wieder durch zwei Delegierte vertreten und hat sich das Verhältnis der übrigen organisierten Arbeiter gegenüber den Buchdruckern bedeutend gebessert, was auch daraus erhellt, daß unser Delegierter G. Blum zum Kartellvorsitzenden gewählt wurde. Auch ging Kollege Blum aus der Gewerkschaftswahl als Beisitzer hervor. Nachdem die Neuwahl des Vorstandes stattgefunden, deren Ergebnis an geeigneter Stelle bekannt gemacht wurde, erstattete Kollege Born als Kartelldelegierter den Jahresbericht. Unter Verschiedenes wurden verschiedene wichtige Fragen an den Vorstand gerichtet, welche aber wegen vorgerückter Stunde nicht mehr erledigt werden konnten und wird sich damit eine spätere Versammlung resp. das Kreis-Amt zu beschäftigen haben.

S. Heideberg. Am 22. Februar hielt unser Bezirksverein seine Hauptversammlung ab, die von 65 Mitgliedern, darunter 2 von Uelsheim, besucht war, der höchsten bis jetzt erreichten Zahl. Nachdem vier Aufnahmeversuche genehmigt, eins zurückgestellt und eins abgelehnt sowie zwei Ausschüsse wegen Resten vollzogen waren, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht für 1901, aus dem zu entnehmen war, daß das abgelaufene Jahr für unsern Bezirk hauptsächlich infolge der Tarifrevision ein bewegtes und arbeitsreiches war. Außer den 2 Haupt- und 9 Monatsversammlungen fanden noch 2 Allgemeine Versammlungen statt; höchster Versammlungsbesuch 51, niedrigster 24; der Mitgliederstand stieg von 61 Ende 1900 auf 78. Der Stand der Bezirkskasse war ein befriedigender; aus derselben wurden 33 durchgereifte nichtbezugsberechtigte und ausgesteuerte Mitglieder sowie verschiedene ausstehende Arbeiterorganisationen unterstützt; auch die Bibliothek und die im Juli gegründete Gesangsabteilung Typographia erhielten Zuwendungen. Die Zahl der Segmaschinen nahm im Berichtsjahre um zwei Einheiten zu, so daß nunmehr vier Stück dieser „eisernen Kollegen“ hierseits in drei Geschäften im Betriebe sind, die sämtlich von Mitgliedern zu tarifmäßigen Bedingungen bedient werden. Was die Einführung des neuen Tarifes betrifft, so haben die in Betracht kommenden Geschäfte denselben anerkannt, doch entsprechen in einzelnen Fällen die gewährten Zulagen nicht ganz den tariflichen Bestimmungen, was mit schlechtem Geschäftsgange begründet wurde. Als ein besonderer Fortschritt ist es zu bezeichnen, daß die Vereinsdruckerei (Pfälzer Bote), die seither wegen tarifuibriger Arbeitszeit und dito Bezahlung für Mitglieder gesperrt war, den Tarif nunmehr ebenfalls anerkannt hat, weshalb die Blockade aufgehoben wurde. In Gewerkschaftskarteile waren wir durch zwei Delegierte, beim Gewerbeamt durch ein Mitglied vertreten; in der Ortskrankenkasse stellen wir den zweiten Vorsitzenden sowie zwei weitere Delegierte. Schließlich wurde noch bemerkt, daß mit der verfrachten Universitätsdruckerei vorm. Wieße auch der gesamte Ortsverein des Gutenberg-Bundes, kurz nachdem er sein I. Stiftungsfest mit dem üblichen Alm-Bim begangen hatte, hinweggeführt wurde und wieder spurlos verschwunden ist. Derselbe war somit, wie wir vermuteten, in der That „nur eine vorübergehende Erscheinung“. Zum Gange, gegen dessen Verlegung von Ostern auf Pfingsten nichts einzuwenden war, sollen folgende Anträge gestellt werden: Obligatorische Einführung des Corr., ferner als Zusatz zu § 19 des Statutats: Zu Friedensübungen eingezogene Mitglieder erhalten ebenfalls die Arbeitslosen-Unterstützung. Auch zur Generalversammlung des Verbandes sollen verschiedene Anträge, die sich auf die Umgestaltung der Umzugskosten-, Zwalbden- und Arbeitslosen-Unterstützung beziehen, gestellt werden, und erfolgte hierauf die Neuwahl des Gesamtvorstandes (s. Verbandsnachrichten). Mit einem Hoch auf den Verband, das begeistert aufgenommen wurde, schloß der Vorsitzende die in allen Teilen ruhig und sachlich verlaufene Versammlung.

K. Wagdeburg. (Maschinenmeisterverein.) Die am 16. Februar leiblich auf besuchte Versammlung wurde vom Kollegen Frike eröffnet. Darauf hinweisend, daß der Vorstand es sich angelegen sein lassen würde, das Vereinsleben durch technische Vorträge usw. mehr zu heben, habe er sich vorerst mit der Firma Rockstroh & Schneider in Verbindung gesetzt und gebeten, uns durch einen ihrer Vertreter einen Vortrag halten zu lassen. In bereitwilligster Weise kam uns genannte Firma entgegen und sandte uns in Herrn Siebert-Hannover einen gewandten Vortragenden. Nachdem nun die von der Zentralkommission

aufgeworfene Frage betreffs der Ueberstunden eines vielseitigen Meinungsaustausch hervorgerufen hatte, fand ein vom Kollegen Lucke eingebrachter Antrag durch Stimmenmehrheit Annahme und soll derselbe der Kommission mitgeteilt werden. Hierauf erhielt Herr Siebert das Wort zu seinem Vortrage. In bereiten Worten entlegte sich der Vortragende seiner Aufgabe und veranschaulichte in klarer und deutlicher Weise nicht nur die Maschinenrechnung, sondern auch das Druckverfahren im allgemeinen. Es würde zu weit führen, hier alles wiederzugeben. Der laute Beifall der aufmerksam Lauschenden wird wohl dem Vortragenden der beste Beweis der Dankbarkeit gewesen sein für den so herrlichen Vortrag. Doch sei auch an dieser Stelle der Firma Rockstroh & Schneider für das freundlich bewiesene Entgegenkommen wie auch Herrn Siebert bestens gedankt. In der sich anschließenden Diskussion gab der Redner noch verschiedene Erläuterungen. Mögen die vom Vorstande arrangierten Veranstaltungen für die Zukunft noch besser besucht und gewürdigt werden, damit auch unser Verein zum Wohle der Allgemeinheit mit an der Spitze der Maschinenmeistervereine steht.

F. H. Nürnberg. Die Tarif-Ueberwachungskommission für Nürnberg-Fürth berief auf den 22. Februar eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung mit folgender Tagesordnung ein: 1. Berichterstattung der Druckereivertrauensmänner über die Durchführung des neuen Tarifes; 2. der paritätische Arbeitsnachweis; 3. Bericht des Tarif-Schiedsgerichtes; 4. Vorstellung von Kandidaten hierzu; 5. Bericht der Tarif-Ueberwachungskommission; 6. Neuwahl derselben. Man hätte glauben sollen, diese Tagesordnungspunkte würden genügen, das Interesse eines jeden Kollegen zu erwecken; aber weit gefehlt, der Versammlungsbesuch war kein dementsprechender. Manche Druckerei war gar nicht oder nur vereinzelt vertreten. Den Rekord der Interessiertheit schlugen jedoch die Kollegen (Verbands- wie Nichtverbandsmitglieder) der „Breiten Gasse“; seit Jahr und Tag bleiben über 20 Mann dieser Druckerei allen öffentlichen Buchdruckerangelegenheiten fern. Die Fürther Verbandsmitglieder waren zahlreich erschienen, die dortigen Gutenberg-Bünder glänzten durch Abwesenheit. Der Vorsitzende der Tarif-Ueberwachungskommission Reinert eröffnete die Allgemeine Buchdrucker-Versammlung, des Mannes gedenkend, welcher über ein Menschenalter lang seine ganze Kraft dem Allgemeinwohl der Buchdruckerwelt gewidmet und den der Tod so plötzlich uns entzogen: Alois Kiefer. Die Anwesenden erhoben sich zu dessen Ehre von ihren Sitzen. — Ins Bureau wurden gewählt die Kollegen Reinert als erster, Link sen. als zweiter Vorsitzender und F. Hofmann als Schriftführer. — Nürnberg hat eine Menge kleinerer Druckereien aufzuweisen, in denen die Einführung des Tarifes erfahrungsgemäß schlecht von statten geht, und die erst des „Besuches“ einer zu diesem Zwecke eingesetzten Kommission bedürften. Daher auch der Grund, warum so spät ein klares Bild über die Ein- und Durchführung des neuen Tarifes gegeben werden kann. Wie aus den Berichten der Druckereivertrauensmänner und der Kommission zu ersehen ist, gelten folgende Firmen in Nürnberg als tariflos: Alfa, Bieling-Diehl, Fleiss, Frank, Fränkische Verlagsanstalt (Tagespost), Hafner (Kreuzer), Held, Heydolph, Klingler, Knoll, Romminger (Stadtzeitung), Rister, Oberkrift, Reusch, Felix Reusche, Fränk. Morgenzeitung, Rodrian, Rosenfeld, Rottner & Keller, Schiller, Schwemmer, Schobert, Sebald, Seemann, J. S. Eich, Robert Eich, Zimmel (Fränk. Kurier), Uebler, Volkhardt & Wilbert, Wilmy (Nordbayerische Zeitung), Weber (Nürnberg. Anz.). Untarifsamäßig bezahlen die Druckereien: Gebert (Südb. Landpost, Löhne von 15 bis 20 Mk., ein Maschinenleger erhält 26 Mk.), Goldschmidt, Köpfer, Homuth, Schemm-Bleichstraße, Schemm-Kennweg, Weiß und Jakobs. Letzterer, ein früheres Verbandsmitglied, beschäftigt 2 Gehilfen unter Tarif, welche nach seiner Angabe nicht im Stande sind, das Minimum zu verdienen. Auf die Frage eines Kommissionsmitgliedes, ob die betr. Gehilfen vielleicht bei ihm selbst gelernt haben, antwortete Herr Jakobs mit — Ja! Beantragt ist die Streichung der Druckerei Großrod (Nürnberg. Volkszeitung), ein katholisches Blättchen, von der Tarifliste und zwar wegen Lehrlingsgünsterei. Herr Großrod war ebenfalls Verbandsmitglied und ist erst kürzlich aus erwähntem Grunde dem Ausschusse verfallen. Herr Hans Feder scheint sich auch aufs Ausschließen von Lehrlingen verlegen zu wollen, bedenkt aber nicht, daß er diesmal die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Polizei, nicht der Verband, wird schon dafür sorgen. Bedauerlicherweise sträubt sich der Besitzer des General-Anzeigers, Herr Spandel, mit Händen und Füßen gegen die schriftliche Anerkennung des Tarifes, obwohl die hier in Betracht kommenden 17 Gehilfen weit über Minimum entlohnt sind. In der Druckerei Auer besteht noch die 1/2-stündige Arbeitszeit. — Die Fürther Verhältnisse haben sich gegen früher bedeutend gebessert. Nachfolgende Firmen zählen als tariflos: Lion, Schröder, Fißler & Ursinus, Wilmy (Nordb. Zeitung), Kraus (Zentral-Anzeiger) und Löwensohn; als untarifsamäßig: Fränkel, Limpert (Lehrlingsgünsterei ein gross) und Weber. Die Gründung eines Prinzipalvereines in Fürth war für die Einführung des neuen Tarifes von großem Einflusse. Von 8 auf 8 1/2 Stunden erhöht wurde die Arbeitszeit im Fürther Zentral-Anzeiger, der Hochburg des Gutenberg-Bundes. — Es liegt im Interesse der Kollegen, auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, Stellenangebote von Nürnberg-Fürth mit der größten Vorsicht aufzunehmen und stets vorher Erkundigungen bei den betr. Verbandsfunktionären einzuholen. — Eine ausgedehnte Debatte ent-

spann sich über den paritätischen Arbeitsnachweis. Ob derselbe in Nürnberg festen Fuß fassen kann, dies zu beurteilen ist die Zeit zu kurz. So lange das Umsichgreifen in den Druckereien nicht aus der Welt geschafft werden kann, so lange ist der paritätische Arbeitsnachweis ein Haus ohne Balken, das in sich selbst zusammenstürzen muß. Die Geschädigten sind eben immer die, die sich streng an den paritätischen Arbeitsnachweis halten. Die Allgemeine Buchdrucker-Versammlung richtete deshalb in einer Resolution an den Vorsitzenden des Vereins Nürnberger Buchdruckerbesitzer das Ersuchen, dahin zu wirken, daß der paritätische Arbeitsnachweis von seiten der Prinzipale auch benutzt wird und Umsichgreife unter gar keinen Umständen zur Einstellung gelangen, dieselben vielmehr an den Arbeitsnachweis zu verweisen sei. — Der vorgerückten Stunde wegen wird auf die Tätigkeitsberichte des Tarifschiedsgerichtes wie der Tarifüberwachungskommission verzichtet. Als Kandidaten zum Tarifschiedsgerichte wurden vier Kollegen von Nürnberg und zwei von Fürth aufgestellt und in die Tarifüberwachungskommission gewählt die Kollegen Reinert, Lukas, Jahr, Germer und Scherzer- und Blauenreiter-Fürth.

Natibor (D.-S.). Am 8. Februar fand hier die erste Monatsversammlung der neugegründeten Mitgliedschaft statt. Dieses Zustandekommen der Mitgliedschaft ist für Natibor ein Ereignis von weittragender Bedeutung und ist damit im hiesigen Buchdruckerleben ganz entschieden ein Wendepunkt, und hoffentlich zum Besten, eingetreten. Der gegenwärtige Mitgliederstand beträgt 9. Am Orte sind ungefähr 50 Kollegen. Wer von den Kollegen die Verhältnisse kennt, wird sich wundern, daß wir es bis zu einer Mitgliedschaft gebracht haben; denn bis jetzt hat der Verband hier nur ein kümmerliches Dasein gefristet. Selten gab es mehr als drei Verbändler hier und diese nahmen infolge der ungünstigen Verhältnisse auch nach kurzer Zeit gewöhnlich wieder Reißaus. — In der am 8. Februar abgehaltenen Versammlung wurde nach einigen Begrüßungsworten seitens des Vorsitzenden die Frage erörtert: Wie stellt sich die Natiborer Buchdrucker-Gehilfschaft zur Einführung des Tarifes? Das Referat hatte der Vorsitzende Buchta übernommen. In der sich hieran anschließenden Debatte war man der Meinung, daß im Augenblicke noch nichts zu erreichen sei, da der Mitgliederstand noch zu gering und die meisten hiesigen Kollegen dem Verbands- und seinen Bestrebungen sehr unsympathisch gegenübersehen. Es kamen hierauf noch einige nicht nennenswerte Anträge zur Besprechung. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Wir wollen uns der Hoffnung hingeben, daß sich bei allen hiesigen Kollegen bald die vernünftige Ansicht breit macht, ihr Heil nur im Verbands zu suchen. Es würde zu weit führen, wollten wir des näheren auf die hiesigen Verhältnisse eingehen und verschieben wir dies deshalb auf ein andres Mal.

Nürnberg. In dem Artikel in Nr. 23 des Corr. hat sich unlesbarerweise ein Fehler eingeschlichen. Es muß in Zeile 17 der 1. Spalte der Zeile heißen: pünktlicheres Mitglied statt glücklicheres.

Rundschau.

Amtliche Druckerarbeiten gehören in tariftreue Druckereien. In Nr. 23 des Corr. ist eine Bekanntmachung des Tarif-Amtes abgedruckt, welches den tariftreuen Prinzipalen und Gehilfen empfiehlt, eine vom Tarif-Amte fertiggestellte Petition zur Eingabe an Behörden zu benutzen. Diese Petition liegt nunmehr vor und ihr zweckentsprechender Inhalt veranlaßt uns, sie den gewerblichen Kreisen angelegentlich zu empfehlen. Unter harter Betonung der im Buchdruckerhandwerk herrschenden Grundsätze über die Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird in knapper Form eine Geschichte der tariflichen Bestrebungen und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen gegeben, was bereits verschiedenen Regierungen und Behörden Veranlassung gegeben, dem Verlangen der tariftreuen Buchdrucker in gedachtem Sinne zu entsprechen. Die Petition ist von sämtlichen Mitgliedern des Tarif-Amtes und des Tarif-Ausschusses unterzeichnet und empfiehlt es sich, bei Benutzung dieser Petition, die vom Tarif-Amte kostenlos zu beziehen ist, in einem Begleitschreiben die tariftreuen Firmen des in Frage kommenden Ortes mit Namen aufzuführen.

Der Deutsche Buchgewerbeverein in Leipzig hielt am 23. Februar seine 14. Hauptversammlung ab. Nach dem Geschäftsberichte des Vorsitzenden Dr. Ludwig Volkmann beträgt die Zahl der Mitglieder gegenwärtig über 700. Der Verlust des Vereins beim Leipziger Bankraube ist durch freiwillige Beiträge gedeckt worden. Auf gleichem Wege wurde eine Sammlung älterer Buntpapiere mit über 11500 Blättern beschafft. Der Rat der Stadt Leipzig hat den Buchgewerbeverein mit 20000 Mk. unterstützt. Dem Vorstande des Vereins gehört außer vier auswärtigen Mitgliedern (Büzenstein- und Dr. Gruyter (Buchhändler)-Berlin, Kreis-Stuttgart und Oldenburg-München) auch der Direktor der künigl. Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe zu Leipzig, Prof. Max Seliger, an. Der künftigen Buchgewerbetage und Maschinenausstellung schlossen sich im vorigen Jahre 25 Separatausstellungen an. Besucht wurde das Buchgewerbehaus im J. 1911 von 39451 Personen. Das Lesezimmer wurde von 5422 Personen benutzt. Im Herbst d. J. soll die Abteilung von

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 28. — Donnerstag den 6. März 1902.

Vorschau aus dem Hauptblatte.

Blatten und Werkzeugen, der Öffentlichkeit übergeben werden, die auch eine vollständige Druckerei aus dem Jahre 1700 enthalten wird. Bereits bekannt ist, daß der Verein durch Vorträge, Wanderausstellungen, Lehranstalten und Erziehung resp. Unterstützung von „Pflanzschulen“, die sich nach und nach zu Orts- bezw. Kreisvereinen ausbilden sollen, sich bestrebt, den Verein und seine Arbeit über ganz Deutschland auszudehnen.

Unter „Kollegen“! Die Firma W. & S. Löwenthal in Berlin kündigte mit der bekannten Begründung den Druckauftrag der Berliner Stadtverwaltung, für den sie 41266 Mk. erhielt. Es erfolgte eine neue Ausschreibung dieser Arbeiten. Daraufhin gingen, wie die Nat.-Ztg. meldet, sechs Angebote ein: Habns Erben verlangten 63796 Mk., Sittenfeld 55588 Mk., Otto Eisner 54872 Mk., Litzsch 51803 Mk., Löwenthal 46218 Mk., Wiltz, Greve (Max Pösch) 38842 Mk. Dem billigsten Differenz wurde der Auftrag zugesprochen! Die Stadtverwaltung hat damit bekundet, daß sie wohl gelegentlich die „Hebung des Gewerbes“ bewirkt, aber nicht danach handelt. — Im übrigen mag bemerkt sein, daß die Firma Löwenthal die Arbeiten f. B. ebenfalls durch Unterbieten der Firma Gebr. Grunert zu gewinnen erhielt.

Presse. Die W. Post berichtet von einem Entschiede des ersten Straffenates des Reichsgerichtes, wonach ein Eingand mit voller Namensunterschrift, in welchem ein Interesse des Publikums ein Mißstand öffentlich gerügt wird, die Absicht der Beleidigung ausschließt und daher dem Einsender (Redakteur?) der Schutz des § 193 zu gewähren sei. Das ist eigentlich selbstverständlich. Die Richter sind freilich hierüber vielfach anderer Meinung und wenn man auch sich im wesentlichen dem obigen Entschiede anbequemt, so bleibt doch noch die Form der Mitteilung oder die Tatsache selbst, über welche die Meinungen verschieden sein können, als Grund zur Verurteilung.

Das in Aussicht genommene Ende des Kölner Volksfreundes (f. Nr. 19) ist durch Übernahme des Blattes seitens eines Konsortiums nicht eingetreten. In einer Erklärung wird betont, daß die Geschäftsleitung einwandfrei und der Abonnementstand sehr günstig sei, nur eine „eigenartige Bestimmung des Kölner Inzeratenswezens“ habe das Blatt nicht zu guten Resultaten gelangen lassen. Vielleicht hat das Konfortium, welches das Blatt jetzt in die Hand genommen hat, nun das Mittel entdeckt, die Inzerateneinnahmen zu heben.

Bereine. In Jabrze (Obereschlesien) verlangte der Amtsvorsteher die Einreichung des Mitgliederverzeichnis eines polnischen Vereins nach einem bestimmten Schema, das unter andern auch die Angabe des Datums der Geburt vorschreibt, und nahm wegen Nichtbefolgung dieser Vorschrift den Vorstand wiederholt in Strafe. Die Gerichte erster und zweiter Instanz bestätigten die Strafe. Das Kammergericht war dagegen anderer Ansicht, das Urteil wurde aufgehoben und der Vorsitzende des Vereins von der Anklage, sich gegen § 2 des Vereinsgesetzes vergangen zu haben, freigesprochen. Der Vorsitzende des Vereins habe der im § 2 ausgeprochenen Verpflichtung, der Ortspolizeibehörde binnen drei Tagen ein Mitgliederverzeichnis einzureichen, durchaus genügt (er hatte die Mitglieder nur mit Vor- und Zunamen angegeben). Zu der Einreichung eines Mitgliederverzeichnis, das nach einem bestimmten Schema aufgestellt sei und u. a. die Angabe von Jahr und Tag der Geburt der Mitglieder verlange, verpflichte § 2 nicht. Es genüge vielmehr die Angabe von Namen und Wohnort sowie in größeren Städten der Wohnung.

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat verfügt, daß ein Konsumverein als ein handwerksmäßiger Betrieb zu betrachten und deshalb der Zwangsnummerierung der Metzger beizutreten verpflichtet sei. Anlaß zu dieser Verfügung gab der Umstand, daß der Verein die von ihm bezogenen auswärts geschlachteten Schweine durch einen Lohnschlächter zerteilen und Würst herstellen läßt. Diese Entscheidung ist zwar als endgültig bezeichnet, ist aber trotzdem anzufechten. Abgesehen davon, daß sich auch noch andere Zwangsnummern melden dürften, denen die Beiträge eines Konsumvereins willkommen sind, so hat doch bisher noch niemand zur Bestreiten vermocht, daß ein Konsumverein ein Handelsgeschäft ist wie es im Buche steht. Im übrigen braucht ja nur das Verfahren Formell etwas geändert zu werden, um die Auslegung des Regierungspräsidenten zu nichte zu machen.

Die Organisation der Postangestellten findet bekanntlich in Deutschland nicht den Beifall der Verwaltung. Anders urteilt hierüber ein Minister in Frankreich. Bei einem Bankett der Post- und Telegraphenangestellten in Bordeaux ließ sich der Handelsminister Millerand wie folgt vernehmen: Nachdem er den Geist beglückwünscht, der unter den Beamten der Post und Telegraphie herrsche und das Parlament gelobt, das die Lage der Beamten der Post und Telegraphie materiell und moralisch verbessert habe, fuhr er fort: Die Staatsbetriebe müßten Musterinstitute sein und der Privatindustrie mit gutem

Beispiele vorangehen. Diese Reformen seien aber nur eine Folge der Existenz der drei großen Vereinigungen der Post- und Telegraphenangestellten und Arbeiter. Man dürfe sich nicht auf Wunder verlassen, sondern müsse sich stützen auf die Kraft der Vereinigungen, deren Klugheit und Vorsicht. Man müsse vor allem einig sein nicht nur in der Vereinigung selbst, sondern Einigung müsse auch herrschen zwischen den Organisationen. Wir werden Sie in Ihrer Solidarietät nicht auseinanderreißen und Sie dürfen sich bei Ihren Forderungen nicht von einander trennen. Sie dürfen nicht von Ihren großen Vereinigungen lassen, denn der Zweck derselben ist die Ueberleitung der republikanischen Ordnung in eine ökonomische und soziale Ordnung.

Sozialpolitisches. Dem internationalen Arbeitsamte in Basel, einem Privatunternehmen der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz, ist bekanntlich vom deutschen Reichsamte des Innern eine Subvention aus Reichsmitteln zugesagt worden. Jetzt hat sich nun auch der Staatssekretär des Innern an die Bundesregierung mit dem Ersuchen gewandt, das Amt durch Uebersendung aller einschlägigen Publikationen zu unterstützen. Mehrere Regierungen haben dies bereits zugesagt.

Die Handwerkskammer in Gera ist den Lehrlingszählern gegenüber über die Maßen liberal. Sie gestand Meistern, die einen oder keinen Gehilfen beschäftigen, drei, solchen mit zwei bis vier Gehilfen vier und solchen mit mehr als vier Gehilfen sechs Lehrlinge zu. Ob damit das Maximum erreicht ist, das wissen wir nicht. Jedenfalls sind die Kleinmeister damit sehr zufrieden.

Die vom Arbeitersekretär Dr. Wajsskoff in Basel im letzten Frühjahr gegründete Unternehmungskasse für Arbeitslose hat die Probe trotz vermehrter Arbeitslosigkeit bestanden. Die Einnahmen setzten sich zusammen aus 2500 Fr. Mitgliederbeiträgen, 1400 Fr. Beiträge der Passivmitglieder und je 1000 Fr. vom Kanton und dem Allgem. Konsumvereine. Ausgegeben wurden in 17 Wochen etwa 2600 Fr.

Das englische Unterhaus beschäftigte sich mit der Arbeitszeit der Eisenbahner. Ein Antrag, nach welchem die Regierung eine Statistik aufzustellen hat über alle Fälle, in denen die Arbeitszeit über zwölf Stunden und die Ruhezeit weniger als neun Stunden beträgt, wurde mit 151 gegen 144 Stimmen angenommen. Der Präsident des Handelsministeriums sprach gegen den Antrag.

Die in voriger Nummer erwähnte Maßregelung bei Krupp in Essen scheint etwas Bewegung in die Reihen der Kruppischen Arbeiter gebracht zu haben. Ueber 1000 derselben traten zu einer Versammlung zusammen, welche die Absendung einer Depesche an Krupp, der sich zur Zeit auf Capri befindet und ferner eine ausführlichere Darstellung der Sachlage beschloß. Man verlangt Zurücknahme der Anordnung betr. der Mittagspause und der diesfalls verfügten Kündigungen.

Die Schlächtermeister in Berlin suchen sich noch immer an ihren Gehilfen zu reißen. Den Stellenwechsel am Sonntag gestanden sie zwar zu; wollen nun aber tägliche Kündigung einfühen und haben auch einige Vorstandsmitglieder der Gehilfenorganisation gemahregelt.

Die Drohung mit Stockschlägen ist an sich, wenn ihr nicht die Ausführung der That folgt, nicht beachtenswert. Anders aber, wenn sie einem Arbeitswilligen gegenüber erfolgt. Die Nichtbeachtung dieser Thatfache mußte ein Schachtarbeiter in Halberstadt mit zwei Wochen Gefängnis büßen. — Wie gesucht derartige Prozesse bei den Unternehmern sind, geht aus einer Mitteilung des Berliner Vorwärts hervor. Danach soll die Firma Sprinorum in Grafenberg-Fingern einen Zuschneider aus Siegen zum „Besuche“ eingeladen haben mit der Weisung, jeden Streikenden, der ihn anhalte, sofort zu melden, er bekomme für jede solche Meldung 20 Mk. Einem nicht ganz fetteften Arbeiter, der ein solch schätziges Angebot annimmt, dürfte es verhältnismäßig leicht fallen, eine Anzahl 20 Mark-Stücke einzusafeln.

Ausfälle. In Bamberg streifen die Brauer in der Brauerei zum Blauen Löwen. Der Streik in der Schuhfabrik Rosenbusch in Mainz ist beendet. Die Arbeiter nahmen die Arbeit auf unter der Voraussetzung, daß vorerst eine Regelung der Arbeit an den neuen Maschinen vorgenommen und alsdann der Tarif vereinbart wird. In Wülshelm a. Rh. streifen die Schreiner der Gebr. Sachsenberg, weil man von ihnen regelmäßige Ueberzeit resp. Sonntagsarbeit verlangte. Für den Hinweis auf die herrschende Arbeitslosigkeit, die ein solches Verlangen eigentlich von selbst verbieten müßte, hatten die Fabrikbesitzer kein Verständnis. In München sind etwa 600 Schneider ausgesperrt worden. Der insolge eines auf drei Jahre gültigen Tarifvertrages eingetretene Frieden im Gewerbe wurde schon bisher von den Unternehmern mit scheelen Augen angesehen und zu durchzähern versucht — jetzt will man den Vertrag überhaupt, beseitigen. An dem Seidenweberstreik in Rheinfelden,

der seit fünf Wochen im Gange sind zur Zeit 68 männliche und 46 weibliche Arbeiter beteiligt.

Winnäge.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Diez Verlag) enthalten die Hefte 20 bis 22 u. a. folgende Artikel: Lednische Fortschritte im Eisenbahnwesen. Die Hauspflege, von Henriette Fürth. Die Aufgaben der Schulärzte, Victor Hugo. Die Gründungsthätigkeit im Jahre 1901. Zur Frage des Minimallohnes. Ueber Tariffgeminschaften, von F. Feuerstein (eine Polemik gegen einen Artikel von Legien über das gleiche Thema in den Soz. Monatsheften). Der Arbeiterschutz in Spanien. Sozialpolitische Umschau, von Emanuel Burn.

Der Süddeutsche Postillon enthält in Nr. 5 das Porträt Alois Riefers (in Federzeichnungsmanier) nebst einer Charakteristik desselben. Dem Gedächtnisse des Volksmannes Johann Jacobys, der vor 25 Jahren am 6. März von hinnen scheid, ist ebenfalls ein Artikel nebst Porträt gewidmet. Die größeren Illustrationen behandeln den Ministersturz in Sachsen, das „Wohlleben“ der Postangestellten und die Politik der Sammlung (zum Zolltarife).

Briefkasten.

M. D. in Würdingen: Unser Kassulator hat den Preis auf 21 Mk. festgestellt. Ein Eingehen auf die Ausführung der Karte erübrigt sich, da der Besteller sich ja zufrieden erklärt hat. — G. H. in Wlogau: Die von den Kollegen in Wlogau im letzten Jahre für andere Arbeiter aufgewandte Summe von 40,50 Mk. ist aus Versehen im Berichte gestrichen worden. Insetzt 3,75 Mk. — Einer für Viele: Diesbezüglich ist ein Antrag zur Generalversammlung gestellt und wird dann Beschluß abzuwarten sein. Warum bleiben Sie aber anonym? — D. S. in Erfurt: 1 Mk.

Verbandsnachrichten.

Zentral-Invalidenkasse des Verbandes der D. Buchdr. in Biqu.

Bekanntmachung.

Nach § 16 des Statuts und in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der letzten (Mainzer) Generalversammlung wird die vierte Ordentliche Generalversammlung der Kasse auf

Montag den 23. Juni 1902,

morgens 9 Uhr beginnend, nach München, und zwar im Saale des Hotel Kreffler, Sonnenstraße, einberufen.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Vorlesung bezw. Genehmigung der Rechenschaftsberichte von 1899, 1900 und 1901;
2. Neuwahl der Liquidations-Kommission und Festsetzung der Remuneration für dieselbe;
3. Sonstiges.

Die Wahlen der Abgeordneten für die Generalversammlung sind gemäß § 17 Abs. 3 des Statuts so vorzunehmen, daß auf je 300 Mitglieder der ehemaligen Zentral-Invalidenkasse (die nach dem 2. Juli 1893 erst dem Verbands beigetretenen haben kein Stimmrecht) ein Abgeordneter zu wählen ist. Weniger als 150 überschüssige Mitglieder eines Wahlbezirks werden hinsichtlich der Wahl eines weiteren Abgeordneten nicht gezählt.

Auf der Mainzer Generalversammlung (1899) waren die einzelnen Wahlbezirke durch folgende Delegierte vertreten:

Berlin	7	Osterrand-Thüringen	2
Dresden usw.	3	Ostpreußen	1
Erzgebirge-Vogtland	1	Posen	1
Frankfurt-Hessen	1	Rheinland-Westfalen	2
Hamburg-Altona	2	Saalgau	1
Hannover	3	Schlesien	2
Mecklenburg-Bübek	1	Schleswig-Holstein	1
Mittelrhein	2	Westpreußen	1
Nordwest	1	Württemberg	3
Oberrhein	1	Leipzig und Borsote	4
Obergau	1	Zusammen	41

In den größeren Wahlbezirken müssen wir auch diesmal die Festsetzung der Delegiertenzahl den Herren Bevollmächtigten überlassen, da möglicherweise seit 1899 eine Reduzierung derselben eingetreten sein kann. Diejenigen Wahlbezirke jedoch, welche bisher nur einen Abgeordneten wählten, entsenden auch nach München einen solchen.

Die Bekanntgabe des Termins für die Wahlen erfolgt später.

Stuttgart, Anfang März 1902.

Die Liquidationskommission.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Wir machen die auswärtigen Kollegen wiederholt darauf aufmerksam, daß Orts-Unterstützung in Berlin nur dann verabfolgt wird, wenn vor Zureise beim Gauvorstande die Bewilligung dazu eingeholt worden ist. Ausnahmen finden unter keinen Umständen

stätt. Bei der großen Arbeitslosigkeit und der ganz geringen Aussicht auf Konvention in Berlin wird uns unsere Stellungnahme zur Pflicht gemacht. Die Verbandsfunktionäre ermahnen wir ganz besonders, die Kollegen auf vorstehendes aufmerksam zu machen. — Die Buchdruckerei Gustav Scheid Sohn, Berlin, Hohlmannstraße 9, ist vom Tarif-Amt wegen Nichtanerkennung und Nichtbegleichung des Tarifes 1902 als tariftreue Firma gezeichnet worden. Konditionsannahme bei dieser Firma zieht den Ausschluß nach sich.

Bezirk Bochum. Für das Jahr 1902 setzt sich der Bezirksvorstand aus folgenden Kollegen zusammen: H. Dammeyer, Mauritiusstr. 16, Vorsitzender; S. Bruch, Mühlengasse 15, Kassierer; J. Winkler, Schriftführer.

Bezirk Freiburg i. Br. Der Bezirks- und Ortsvorstand für 1902 setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Gg. Hutterer, Konwitschstraße 21, erster Vorsitzender; Ernst Spalte, zweiter Vorsitzender; Richard Jacobi, Lehenestraße 20, II, Kassierer; Ludw. Semar, Schriftführer; Oskar Rabich, Beurlaubungsstraße 28, Reisekassenerwalter; J. Frey, Bibliothekar; Karl Fuchs und E. Deubel, Reviseurs. Vertreter des paritätischen Arbeitsnachweises: A. Behender, Engelbergerstraße 1.

Bezirk Magdeburg. Die diesjährige Frühjahrsvorstellung findet Sonntag den 13. April, vormittags 10 1/2 Uhr, in Magdeburg statt. Anträge zu derselben sind bis zum 31. März beim Vorsitzenden Reinhold Herwig, Mohlenstraße 23, einzureichen. Tagesordnung usw. geht den Mitgliedern per Zirkular zu.

Bezirk Offenbach a. M. Vorstandswahl. Otto Schulze, Großer Biergrund 4, I, erster Vorsitzender; Fritz Keintling, zweiter Vorsitzender; Karl Kocke nach, Domstraße 93, III, Kassierer; Rudolf Krause, Schriftführer; Stoye, Beisitzer.

Hörsing. Der Vorstand für das Jahr 1902 besteht aus folgenden Kollegen: Jul. Ping, Innenstraße 10, Vorsitzender; Ed. Schreiber, Publiger Straße 8, I, Kassierer; Alb. Schwieger, Schriftführer und Bibliothekar.

Stettin. Die Wohnung des Vorsitzenden F. Kraemer befindet sich jetzt Friedrich Karststraße 21, rechter Seitenfl. III. Sprechstunden 1/2 1 bis 1/2 2 Uhr mittags und 1/2 8 bis 8 Uhr abends.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Eintwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Zell i. B. der Seher Hermann Baumann, geb. in Kößlingen 1832, ausgel. das. 1899; war schon Mitglied. — Fr. Schübeler in Börrach, Schützenstraße 7.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.
Hauptverwaltung. Die Herren Verwalter wollen dem Seher Alexander Spannring aus Uffshausen (847 Frankfurt-Hessen, Hptb.-Nr. 3648) das Quittungsbuch abnehmen und nach hier zur Kontrolle der geleisteten Beiträge usw. einsenden.

Berlin. Dem Seher Karl Göffel aus Celle (Hptb.-Nr. 2823) ist am 3. März ein neues Buch, Berlin Nr. 2821, ausgestellt worden, sein altes Buch, Berlin Nr. 2653 ist ihm angeblich gestohlen worden und wird hiermit für ungültig erklärt.

Deffau. Der auf der Reise befindliche Drucker Franz Choteborsky aus Prag hat sein Verbandsbuch, ausgestellt in Wien (Hptb.-Nr. 1437), verloren. Bei einem etwaigen Wiederfinden desselben bitte um Zustellung an Franz Sens, Friederikenstraße 20, II.

Schweizerischer Typographenbund.
Die Zahlstelle Basel bleibt wegen der schwebenden Tarifbewegung bis auf Widerruf gesperrt.

Gebrauchtes Stereotypie-Gießinstrument u. c. Erdpresser billig zu kauf. gesucht. Adressen u. O. M. 432 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Gesucht [385]
an jedem Orte ein Herr, welcher den Betrieb **hebelangetragener Heubel** nebenbei übernimmt. Hohe Vergütung. Prospekt gratis.
Herrn Wolf, Zwitlau (Sa.), Blücherstr. 12.

Accidenz-Vert- [424]
und Inseratenleger, 23 Jahre alt, sucht nach **auswärts** Konvention. Werte Offerten unter „Schriftsetzer“ per Adresse Frau Kerls, a m b u d e l s e n s t r a ß e 1 1, Gumboldtstr. 7, II, erb.

Junger, koffer Vert- u. Zeitungsleger wünscht sich in tarifmäßige Konvention zu veränder. Eintritt 14 Tage nach Engagement. Werte Offerten erbeten an S. Ahmann, Neuwied, Kirchstraße 35. [426]

Schriftsetzer [430]
etwa 2 1/2 Jahre als Zeitungs-korrektor thätig gewesen, verb., sucht Stellung in tarifreuer Druckerei. Werte Offerten erbeten an **Herrn Köhler, Königberg i. Br., Alexanderstr. 6, II.**

Erster Maschinenmeister
im feinsten Farben, Illustrationen, Autotypie, Drei- und Vierfarbendrucke durchaus vertraut, fähig im Dispositionen, sucht, gefälligst auf reiche Entlohnungen, Weimarschloß, in größ. guter Offizin zum 1. April dauernde Stellung. Werte Off. erbeten unter Nr. 386 H. K. postl. München, Augustenpost. [423]

Dresden. Sonnabend den 8. März, abds. 1/8 Uhr: **Verammlung d. Dresdner Gaumitglieder** im großen Saale des **Ernanen**. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. **Der Vorstand.** [435]

Ortsverein Duisburg.
Samstag den 8. März, abends 9 Uhr, im Vereinslokale:
Monatsversammlung.
Die Tagesordnung geht den verehrl. Mitgliedern per Zirkular zu. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erlucht
Der Vorstand. [427]

Maschinenmeisterklub Erfurt-Gotha.
Zu der **Sonntag den 9. März** von früh 9 bis abends 5 Uhr stattfindenden
Druckmaschinen-Ausstellung
verbunden mit **Abendunterhaltung** laden wir die Kollegen der umliegenden Druckorte freundlichst ein.
Der Vorstand. [431]

Flensburg. Sonnabend, 8. März, **Verammlung.**
Z. D.: 1. Jahresbericht; 2. Generalversammlung; 3. Anträge zum Goutage; 4. Wahl der Vergütungs-Kommission; 5. Antrag auf Belegung von einem Drittel der Ortsvereinsimmungen bei einem Kreditinstitut; 6. Verschiedenes.

Greifswald. Sonnabend, 8. März, ab. 8 1/2 Uhr: **Verfallg.**

Ortsverein Greiz.
Zum fünfjährigen Jubiläum des Ortsvereins, **Sonntag den 8. März**, abends 8 Uhr, in **Horns Lokale, Marienstraße:**
Fest-Kommers
wozu die Mitglieder des Vereins und die Kollegen der Nachbarorte freundlichst einladet
Der Vorstand. [418]

Halle a. S.
Sonnabend den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthose **Zu den drei Königen:**
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: 1. Protokollverlesung; 2. Mitgliederaufnahme; 3. Jahresbericht; 4. Anträge zur Generalversammlung; 5. Tarifliches; 6. Verschiedenes.
Der Vorstand. [437]

Krefeld. Samstag d. 8. März, abds. 9 Uhr, im Vereinslokale:
Monatsversammlung.
Z. D.: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Ausschlußantrag; 3. Johannisfest; 4. Fragekasten; 5. Verschiedenes. [434]

Zuverlässiger Korrektor

in dauernde Stellung gesucht. Nur schriftliche Angebote erbeten an die Buchdruckerei **Richard Bohn** (S. Otto), Leipzig, Grimmaischer Steinweg 15. [417]

Gesucht ein tüchtiger
Stempelschneider.
Selbständige, dauernde Stellung. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen an die **Hausche Schriftgießerei, Basel** (Schweiz). [419]

Typographia *** Gesangverein ***
Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser.
Sonntag den 16. März in **Louis Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:**
Sieder- und Kammermusik-Abend
unter gütiger Mitwirkung der Konzertsängerin **Fräul. Käthe Kuroth** (Sopran) und hervorragender Solisten vom **Berliner Tonkünstler-Orchester.**
Eintritt 50 Pf., Kinder 10 Pf. — Anfang 6 1/2 Uhr.
Nach dem Konzerte TANZ.
Billetts à 40 Pf. sind zu haben auf der Verwaltung, bei den Vereinsboten, Freitags abends in den Arminhallen, sowie bei den aktiven Mitgliedern. **Der Vorstand.** [386]

Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.
Sonntag den 23. März (Palmsonntag) im großen Saale des **Ernanen** (Eingang nur Ost-Allee):
Grosses Konzert
unter Mitwirkung des Tonkünstlers **Herrn Karl Falley** (Tromba) und des **Künstler-Trioquartetts** Herren **B. Brasse** (1. Violine), **M. Clemens** (2. Violine), **E. Kupfj** (Viola), **F. Köhler** (Violoncello).
Einlaß 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr.
Eintrittskarten à 30 Pf. (an der Abendkasse 40 Pf.) sind zu entnehmen beim **Verwalter B. Steinbrück, Schumannstr. 55**, in Bazarangehörigkeit des Kollegen **Paul Schalle**, Geroldstraße 11, beim Kollegen **Joseph (Josephshänke)**, Mittelstraße, sowie bei sämtlichen **aktiven Mitgliedern.** [421]

VEREIN LEIPZIGER BUCHDRUCKER- UND SCHRIFTGIESSER-GEHILFEN
Sonnabend den 8. März
40. STIFTUNGSFEST
im Festsale des Zoologischen Gartens.
Festredner Kollege **EMIL DÖBLIN.**
KONZERT ausgeführt vom Orchester des Herrn **CURTH**, unter gütiger Mitwirkung der Frau **SCHRADER-RÖTHIG** (Sopran), des Herrn **MAX STRÄUBEL** (Bass), sowie des Sängerkhoren **VEREIN GUTENBERG.**
Nach dem Konzert Ball.
Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Die Mitglieder und deren Angehörige sowie die Kollegen der umliegenden Druckorte werden hiermit freundlichst eingeladen. — Eintrittskarten und Programme für Mitglieder mit Dame 50 Pfg., für Gäste mit Dame 1 Mk.
Der Vorstand.
Karl Engelbrecht, 1. Vorsitzender.

Norddeutscher Maschinensetzer-Verein
Sitz Hamburg.

Sonntag den 9. März, nachm. 2 Uhr:
Verammlung
im Vereinslokale, Restaurant **Diph**, Kaiser Wilhelmstraße 48. — Z. D.: 1. Mitteilungen; 2. Neuwahl des Vergütungs-Ausschusses; 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. [420]

Stereotypen u. Galvanoplastiker
Leipzigs.
Freitag den 7. März, abends 7 Uhr, im Restaurant **Stadt Hannover:**
Deffentliche Verammlung.
Hieran anschließend:
Ordentliche Generalversammlung.
Die Z. D. wird durch Zirkular bekannt gegeben. Zu recht zahlreichem Besuche ladet ein
Der Vorstand. [436]

Posen.

Buchdrucker-Gesangverein Sängerkreis.
Sonnabend den 8. März im Hotel de Saxe, Breslauerstr. 15
Humoristischer Herrenabend
wozu die Mitglieder sowie die Kollegen freundlichst eingeladen werden.
Beginn 9 Uhr.
Der Vorstand. [439]

Schweis. Graph. Mitteilungen, Jahrg. 18 u. 19
sowie **Modernen Kunst, Jahrg. 13 u. 14**, tabellos erhalten, wie neu, ungebunden, gibt ab **H. Mühr, Kirchheim-Zeck** (Württ.). [425]

Am 1. März verschied nach langem schweren Leiden in seinem 48. Lebensjahre unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Hans Balde.
21 Jahre in unserer Mitte thätig, erwarb er sich durch seinen Fleiß, Pflicht-treue und freundliches Wesen die Liebe und Achtung aller Mitglieder unsers Instituts, die sein Hinscheiden schmerzlich empfinden und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [428]
Berlin, den 1. März 1902.
Die Kollegen der Lessingschen Druckerei (Vossische Zeitung).

Wiederum stehen wir trauernd an der Bahre eines treuen Mitgliedes. Am Sonnabend entriß uns der Tod nach langem schweren Leiden unsern langjährigen Sangesbruder
Hans Balde.
Wir verlieren an ihm einen aufrichtigen und stets opferbereiten Freund, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. Berlin, den 1. März 1902. [429]
Die Mitglieder des Gesangvereins Eintracht (Vossische Zeitung).

Nach langem schweren Leiden verschied am 28. Februar in Grünberg in Schlesien unser langjähriges Mitglied, der Schriftsetzer
Gustav Kluge
im Alter von 26 Jahren.
Sein braver, ehrlicher Charakter sichert ihm ein bleibendes Andenken im
Bezirk Glogau. [422]

Typographia, Gesangverein Trebbiner Buchdrucker.
Sonnabend den 8. März, abends 8 Uhr, feiert der Gesangverein sein
drittes Stiftungsfest
im **Hausischen Gesellschaftshause**, bestehend aus Konzert, Theater und Ball. Kollegen der umliegenden Druckorte werden hierdurch freundlichst eingeladen.
Der Vorstand. [438]